

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich (rei Haus 2 RM, (halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Anzeigenpreis: Die neunmal gehaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restamette anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1928 Nummer 3

Hinausschiebung der Reichstagswahlen Geheimabkommen zur Sicherung der Marx-Keudell-Koalition

Berlin, 4. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die Note Fahne erfährt, wurden im Zusammenhang mit der Stellungnahme Hindenburgs zu einem möglichen späten Wahltermin zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum in den letzten Tagen neue bindende Verabredungen über ein Zusammengehen dieser beiden Parteien nicht nur während der gegenwärtigen Marx-Regierung, sondern auch nach der Reichstagswahl getroffen. Der Preis, für den das Zentrum sich auch für die Zukunft auf das Zusammengehen mit den Deutschnationalen festlegt, war die unbedingte Zustimmung des letzteren zu den ultimativen Forderungen des Zentrums in der Frage des Reichsschuldscheins. In Verbindung mit diesem Geheimabkommen hat auch die Deutsche Volkspartei eine Schwertung vollzogen. Im Sinne der Deutschnationalen tritt dieselbe jetzt gleichfalls für einen späten Wahltermin ein. Auch ist sie ebenfalls auf Grund der neuen Abmachungen bereit, sich dem Zentrumsdiktat der unbedingten Verabschiedung des Reichsschuldscheins vor der Neuwahl zu fügen.

Diese Meldung beleuchtet blühartig die Situation. Der reaktionäre Bürgerblock soll galvanisiert werden. Als Gegenleistung haben sich die Deutschnationalen und auch die

Volkspartei bereit erklärt, den Forderungen des Zentrums auf Durchführung ihrer Forderung der restlosen Verpflanzung der Volksschule zuzustimmen. Die reaktionären Pläne der Bürgerblockparteien sollen restlos durchgeführt werden. Die Furcht vor der Abrechnung hat die Bürgerblockparteien zu diesem Abkommen geneigt. Dieses Geheimabkommen zeigt der Arbeiterschaft zugleich, was von dem Geschrei der sozialdemokratischen Presse zu halten ist, die noch am Neujahrstage in einem Artikel des Parteivorstehenden Weis erklärte, daß der „Konflikt unter den Koalitionsparteien zu einem offenen geworden sei“. Damit wurde praktisch die Hinausschiebung des Wahltermins durch die Bürgerblockkoalition begünstigt und die Arbeiterschaft verwirrt. Die SPD denkt nicht daran, um die Auflösung des Reichstages zu kämpfen. Sie verhindert jeden parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf der Arbeiter gegen die Bürgerblockregierung und ihren Reichstag und vertreibt die Arbeiter auf Neuwahlen. Die Arbeiter müssen die Pläne der Bürgerblockkoalition beantworten mit der Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes um Lohn und Brot und Verkürzung der Arbeitszeit. Die sozialen Bewegungen der Arbeiter um ihre Lebensexistenz müssen zum politischen Kampf gegen die Bürgerblockregierung und ihren Reichstag gesteigert werden.

Die Legende vom Wohlfahrtsstaat

„An die Stelle des Verwaltungsstaates ist mehr und mehr der Wohlfahrtsstaat getreten.“
Scheidt, Zur jüdischen Verwaltungsreform.

Im Kampfe um die Abwälzung aller Kriegslasten auf die Massen der werktätigen Bevölkerung verwendet die Trustbourgeoisie systematisch den demagogischen Kniff vom „Wohlfahrtsstaat“. Die jüdische Deutschrift über die Verwaltungsreform fußt ebenfalls auf dieser Behauptung. Der Staat sei aus einem Verwaltungsstaat zum Wohlfahrtsstaat geworden. Der Zweck dieser Demagogie ist klar. Die herrschende Klasse will die Rolle des Staates als Rechtsinstrument zur Unterdrückung der beherrschten Klasse verschleiern. Es soll der Anschein erweckt werden, als würden die Steuermittel verwendet zur Ernährung und Unterhaltung der „Arbeitslosen“. Man muß anerkennen, daß diese Propaganda nicht ohne Erfolg geblieben ist. Auf der Eisenbahn, in den Kneipen, in den Freizeitanlagen, kurzum, an allen Stätten, an denen sich die politische Denkart deutscher Kleinbürger äußert, kann man die Wirkungen der oben genannten Agitation beobachten. Es ist deshalb die Aufgabe des fortgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse, die Rolle des kapitalistischen Staates vor den Augen der breiten Massen vom Standpunkt des Marxismus aufzuklären. Diese Aufklärungsarbeit ist notwendig als Gegenpropaganda in der Frage der Lastenverteilung sowie der Steuer- und Zollpolitik der Bürgerblockregierung. Dabei muß die grundsätzliche Agitation über die Rolle des Staates aufs engste verbunden werden mit der aktuellen Finanz- und Unterdrückungspolitik des bürgerlichen Staatsapparates.

Friedrich Engels hat in seinem bedeutenden Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ die Rolle des Staates eingehend analysiert. Er bezeichnet den Staat als ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe. Er ist das Eingekleidete, das diese Gesellschaft sich in einem unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unverföhliche Gegensätze geworfen hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. „Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widersprechenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampfe verzehren, ist eine Scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfernende Macht ist der Staat.“ Engels analysiert also den Staat als das Produkt und die Keuzerung der Unverföhlichkeit der Klassengegensätze. Das Bestehen des Staates beweist, bemerkt Lenin, daß die Klasse gegenläge unerblicklich sind.

Während Engels die Rolle des Staates im Ursprung der Familie noch allgemein abstrakt behandelt, geht Marx im „18. Brumaire“ einen bedeutenden Schritt weiter. Er faßt die Ergebnisse der Revolution von 1848 bis 1851 zusammen und wendet sie auf die parlamentarische Republik an. Er schreibt: „Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßnahmen die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Bestimmung dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ Das ist die beste Widerlegung der reformistischen Verfallung der marxistischen Staatstheorie. Das Proletariat kann in der parlamentarischen Republik nicht mit dem Stimmzettel die Macht erobern. Das Proletariat muß den bürgerlichen Machtapparat zerlegen, um einen eigenen Machtapparat aufzubauen. Dieser aber kann nichts anderes sein als die Diktatur des Proletariats.

Von der Betrachtung des Staates als gegebene Gewalt sei in diesem Zusammenhang abgesehen. Sehen wir uns vielmehr die Verwendung der Steuermittel in der deutschen kapitalistischen Republik zur Durchführung der Exekutivgewalt des Bürgerblocks an. Die beste Uebersicht über die Struktur des bürgerlichen Klassenstaates gewähren die Haushaltspläne des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Wir wollen von der Charakterisierung des Reichsetats absehen, sondern lediglich feststellen, inwieweit die Scheinbehauptung über den Wohlfahrtsstaat — auf Sachen angewendet — in Widerspruch mit den Tatsachen steht. Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates tritt nirgends deutlicher in der Erscheinung als bei einem Vergleich der Ausgaben für den Machtapparat auf der einen und für Wohlfahrts- und Fürsorgezwecke auf der anderen Seite. Im jüdischen Staats-

Italienische Maschinengewehre zum Krieg gegen Sowjetrußland

Wie der „Morgen“ aus Graz meldet, ereignete sich am Neujahrsmorgen in St. Gotthard, der Zollstation an der österreichisch-ungarischen Grenze, ein aufsehenerregender Zwischenfall. Mit dem Güterzug Nr. 5873 kamen 5 Waggons (1) „Maschinenbestandteile“ auf der Bahnhöhle St. Gotthard an, die bereits auf ungarischem Boden liegt. Die Waggons enthielten, wie die Prüfung ergab, in Wirklichkeit zerlegte Maschinengewehre, deren Zahl sicherlich viele Tausende betrug, da die Waggons voll geladen hatten. Die österreichischen Zollbehörden hatten kaum diese Entdeckung gemacht, als die Ungarn diese Sendung, die aus Verona kam und nach Budapest bestimmt war, bereits für sich in Anspruch nehmen wollten. Die österreichische Zollabfertigung verlangte unverzüglich die Zurückstellung der Waggons, aber die ungarische Zollbehörde schob trotz aller Proteste die fünf Waggons sofort unter militärische Bedeckung auf ein Stockfeld und verhandelte mit Gewalt ihren Abtransport durch die österreichischen Zollorgane. Aus Protest verließ die österreichische Zollabfertigung unmittelbar nach diesem Vorfall St. Gotthard und fertigte keine Güterzüge mehr ab.

Berlin, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der heutige Lokalanzeiger bringt aus Wien folgende Meldung:

„Zu dem aus Italien in St. Gotthard an der österreichisch-ungarischen Grenze eingetroffenen Waffentransport wird aus Budapest offiziell mitgeteilt: Die aus dem gemeinsamen Bahnhof dienenden österreichischen Finanzorgane haben festgestellt, daß die Sendung aus Italien über Ungarn mit dem Bestimmungsort Warschau kam. Die ungarischen Zollbehörden haben festgestellt, daß die in Frage stehende Sendung, deren Aufgeber eine ausländische Privatfirma ist, Kriegsmaterial enthält, zu dessen Durchfuhr die vorherige Zustimmung der ungarischen Regierung nicht eingeholt war. Infolgedessen wurde verfügt, daß die Sendung aufzuhalten sei.“

Diese Nachricht beleuchtet blühartig die riesigen Vorbereitungsarbeiten, die mit allem Eifer an den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion arbeiten. Die Waffen, die die österreichischen Zollbehörden beschlagnahmen wollten kamen aus Italien und waren für Ungarn bestimmt. Wozu braucht Horthy-Ungarn diese Waffen anders als zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der gleichermaßen von England, Frankreich und Italien gegen die Sowjetunion vorbereitet wird. Ungarn ist ein Vasall Frankreichs und führt dessen Befehle durch. Erst vor einigen Wochen wurde die famose Kontrolle der Waffenherstellung, die durch den Friedensvertrag von Saint-Germain dem Völkerverbund übertragen war, aufgehoben. Ungarn hatte sich

„gut geführt“ und bedurfte keiner Kontrolle mehr. Ungarn war unter der Vorkherrschaft Horthys ein treuer Vasall geworden, bereit, jeden Befehl ungefragt durchzuführen. Die rein zufällige Entdeckung des Waffentransportes aus Italien ist zwar für die Öffentlichkeit peinlich, befähigt jedoch nur aufs neue die ernsthafte Gefolgsbereitschaft Horthys-Ungarns im Dienste und Solde der geschworenen Feinde Sowjetrußlands.

Wichtig erklärt nun die ungarische Regierung, wie die Meldung des Lokalanzeigers besagt, daß sie den Transport habe beschlagnahmen lassen, weil 5 Waggons mit Kriegsmaterial ohne ihre Erlaubnis (?) durch Ungarn nach Polen geschickt werden sollten. Nun ist selbstverständlich wieder das Dementi der polnischen Regierung fällig, die bestimmt erklären wird, daß sie mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun hat. Die Sache wird immer mysteriöser. Ob nun die Horthy-Regierung oder Völkerverbund der Besteller der Waffen ist, bleibt für die Arbeiterschaft eine untergeordnete Frage. Horthy wie Völkerverbund — Ungarn wie Polen — sind bereit, im Interesse ihrer imperialistischen Auftraggeber den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, und täuschen dazu mit allen Mitteln.

Bei diesem Waffentransport taucht jedoch die zweite Frage auf: wer lieferte die Waffen? Offiziell Italien, aber wo kamen die Waffen wirklich her? In Deutschland werden Unmengen Waffen fabriziert, die auf allen möglichen Schleichwegen an die kleinen Staaten verschoben werden. Die Arbeiter, besonders die in der Rüstungsindustrie und im Transportwesen beschäftigten, müssen ein scharfes Augenmerk auf die Gewehre, die auf Reisen geschickt werden, haben, und die Bewaffnung der Sowjetarmee mit allen Mitteln und im Einverständnis mit der Gesamtarbeiterschaft zu verhindern suchen.

Die Dementierungsversuche, die gleich nach dem Bekanntwerden der Waffenschiebungen einleiten, lassen die Erregung der Arbeiter dämpfen, was den Herrschenden nicht gelingen dürfte.

Neuer Schiedspruch im Ruhrkampf

Köln, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Arbeitsgericht in Köln hat gestern auf Antrag des Christlichen und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes entschieden, daß der Bochumer Verein und andere Firmen der Großeisenindustrie, die sich weigerten, den Mühlentag für die unter der Verordnung bzw. den Schiedspruch fallenden Arbeiter der Großeisenindustrie einzuführen, sofort entsprechend den Bestimmungen des Schiedspruches die Arbeitszeit festzusetzen haben. Das Gericht erließ dementsprechend eine Verfügung.